



Zwischenbericht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahr 2009
Mitteilungsvorlage

Beschlussvorschlag:

Kein Beschluss vorgesehen.

Kosten/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Die Verwaltung berichtet über die finanzielle Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr 2009 (Stand 31.05.2009). Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung muss im Verwaltungshaushalt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag bis ca. 3,0 Mio. EUR gerechnet werden. Der bisherige Haushaltsverlauf wird insbesondere durch die sich derzeit abzeichnenden Mehrausgaben bei der Eingliederungshilfe in Höhe von ca. 3,2 Mio. EUR und bei der Jugendhilfe in Höhe von ca. 0,8 Mio. EUR negativ beeinflusst. Jedoch machen sich auch bereits die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bei den Leistungen im kommunalen Finanzausgleich negativ bemerkbar. Im Vermögenshaushalt entstehen zusätzliche Ausgaben durch die außerplanmäßige Abwicklung der Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturpakets II. Die Eigenmittel des Landkreises betragen 828.000 EUR (KT-Drucksache Nr. VII-0614).

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Einleitung

Die Entwicklung der wesentlichen Einnahmen und Ausgaben für den Zeitraum Januar bis Mai ist in der Anlage dargestellt. Dem Bericht liegt die Entwicklung der ersten fünf Monate zu Grunde. Es kann sich deshalb nur um eine erste Bewertung der Finanzsituation für das Haushaltsjahr 2009 handeln. Im Laufe des Jahres sind größere Abweichungen insbesondere bei den Sozialausgaben und im kommunalen Finanzausgleich noch möglich.

2. Stand der Haushaltsrechnung

Nach dem Stand der Haushaltsrechnung Ende Mai 2009 ergeben sich folgende Tendenzen bei den wesentlichen Einnahmen und Ausgaben im laufenden Haushaltsjahr:

- Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz

Nach der aktuellen Mai-Steuerschätzung wird der Kopfbetrag nach § 10 Abs. 2 FAG zur Ermittlung der Bedarfsmesszahlen der Landkreise mit 498 EUR angegeben. Bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2009 ist die Verwaltung aufgrund einer früheren Mitteilung des Landes auf der Grundlage der November-Steuerschätzung 2008 von einem Kopfbetrag in Höhe von 505 EUR ausgegangen. Bei den FAG-Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft ist deshalb mit Wenigereinnahmen von ca. 1,6 Mio. EUR zu rechnen.

- Grunderwerbsteuer

Nach einem zunächst durchschnittlichen Aufkommen in den ersten Monaten sind die Einnahmen inzwischen rückläufig. Es sind nach dem derzeitigen Stand Wenigereinnahmen von ca. 1,0 Mio. EUR zu erwarten.

- Verwaltungsgebühren, Bußgelder

Nach dem bisherigen Verlauf wird der Haushaltsansatz von 4,2 Mio. EUR bei den Verwaltungsgebühren mit ca. 4,0 Mio. EUR (2008: 4,3 Mio. EUR) unterschritten. Bei den Bußgeldern können bei einem Haushaltsansatz von 1,0 Mio. EUR voraussichtlich ca. 0,1 Mio. EUR Mehreinnahmen erzielt werden.

- Personalausgaben

Bei den Personalausgaben (Sammelnachweis - Haushaltsansatz: 37,2 Mio. EUR) sind voraussichtlich die veranschlagten Haushaltsmittel ausreichend.

- Sozialausgaben

Nach dem derzeitigen Stand werden bei den Leistungen im sozialen Bereich voraussichtlich beim Zuschussbedarf Mehrausgaben von ca. 1,0 Mio. EUR entstehen. In den einzelnen Bereichen ergibt sich folgende Situation:

- Abschnitt 41 – Sozialhilfe, Grundsicherung, Eingliederungshilfe

Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt sind die Ausgaben weiter auf einem mit 2008 vergleichbaren Niveau. Die Einnahmen sind eher rückläufig - die Restabwicklung im Bereich der Unterhaltsvorschusskasse konnte 2007 abschließend bearbeitet werden.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zur Pflege entwickeln sich innerhalb der Planansätze. Bei der Hilfe zur Pflege wirkt sich die Steigerung der Vergütungen ebenfalls aus. Die Verwaltung hatte im Rahmen der Haushaltsberatungen auf dieses Haushaltsrisiko hingewiesen.

Der Zuschussbedarf für die Eingliederungshilfe hat deutlich zugenommen. Gründe dafür sind in erster Linie die Vergütungserhöhung ab 01.10.2008, die sich in 2009 entsprechend auswirken wird. Im Bereich der stationären und teilstationären Hilfen wurden die Vergütungssätze in 2 Schritten erhöht, und zwar zum 01.10.2008 um 3,5 % (in Einrichtungen außerhalb des Landkreises in der Regel um 3,8 %) und zum 01.04.2009 um weitere 3,0 %. Im ambulanten Bereich erfolgte eine einheitliche Steigerung zum 01.01.2009 um 6,5 %. Die Erhöhung von insgesamt 6,8 % bzw. 6,5 % in allen Bereichen der Eingliederungshilfe wird sich in Höhe von mindestens ca. 2,5 Mio. EUR auswirken. Im Haushalt

ist eine Erhöhung von rund 900.000 EUR berücksichtigt. Im Bereich der Eingliederungshilfe sind deshalb erhebliche Mehrausgaben zu leisten.

- Abschnitt 42 – Asylbewerberleistungsgesetz

Die Fallzahlen in diesem Bereich sind weiterhin rückläufig. Der Zuschussbedarf wird voraussichtlich auch im Haushaltsjahr 2009 wiederum unter dem Planansatz liegen, derzeit um rund 0,4 Mio. EUR.

- Abschnitt 45 – Jugendhilfe

Die Entgelterhöhungen in der Jugendhilfe zum 01.10.2008 für den stationären und teilstationären Bereich mit 3,8 % und eine weitere Erhöhung zum 01.04.2009 mit 3,0 % wirken sich aus. Mehrausgaben von voraussichtlich ca. 0,8 Mio. EUR sind nicht auszuschließen.

- Abschnitt 48 – Leistungen nach dem SGB II

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften steigt inzwischen wieder an. Derzeit wird allerdings noch von einer Unterschreitung des Planansatzes um ca. 0,9 Mio. Euro ausgegangen. Ein erhebliches finanzielles Risiko besteht allerdings in der weiter steigenden Zahl der Bedarfsgemeinschaften.

- Konjunkturpaket II – Umsetzung beim Landkreis Reutlingen

Der Gesamtinvestitionsaufwand für die außerplanmäßigen Maßnahmen zur Sanierung kreiseigener Schulgebäude beträgt 3.153.000 EUR. Die dazu erforderlichen Eigenmittel des Landkreises betragen 828.000 EUR. Die Deckung der außerplanmäßigen Ausgaben erfolgt über eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (KT-Drucksache Nr. VII-0614).

- Neubau Straßenmeisterei-Stützpunkt Pfronstetten – Einbau einer Photovoltaikanlage

Durch die Montage einer Photovoltaikanlage im Rahmen des Neubaus des Straßenmeisterei-Stützpunktes in Pfronstetten entstehen überplanmäßige Ausgaben in Höhe von ca. 197.000 EUR. Die Deckung erfolgt über eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (KT-Drucksache Nr. VII-0656).

3. Vorausschau

Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung (Ende Mai 2009) muss im Verwaltungshaushalt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag bis ca. 3,0 Mio. EUR gerechnet werden, wie die beiliegende Übersicht zeigt. Die Basis von fünf Monaten ist für eine Jahresprognose jedoch sehr schmal, deshalb ist die prognostizierte finanzielle Entwicklung mit Vorbehalt zu beurteilen.